



Prof. Dr. Dr. h.c. Mathias Rohe

studierte Rechts- und Islamwissenschaften in Tübingen und Damaskus. Er forscht und lehrt seit 1997 an der Universität Erlangen-Nürnberg und ist dort Direktor des Erlanger Zentrums für Islam und Recht in Europa.

/// Abgrenzung gegen Islamismus und Islamfeindlichkeit

Der Islam in Bayern

Für manche eine Überraschung: Muslimisches Leben in Bayern ist weitgehend eine schlichte Normalität. Allerdings herrschen mancherlei Ängste und Vorurteile auf vielen Seiten, die nur zum Teil die Realität spiegeln. Erhebliche Probleme bereiten extremistische Richtungen wie Islamismus und Islamfeindlichkeit – rechtsstaatsfeindliche Geschwister, denen die breite Mehrheit der Gutwilligen und der Rechtsstaat deutlich entgegentreten müssen.

Wie kommt der Islam nach Bayern?

Vom Islam hatte man schon Vorstellungen in Bayern,¹ als hier noch keine Muslime lebten. Sie wurden gespeist aus Berichten von Wallfahrern, Erfahrungen aus den Kreuzzügen und den „Türkenkriegen“, wissenschaftlichem Austausch oder Nachrichten von ehemaligen Kriegsgefangenen wie dem Münchener Johannes Schiltberger und dem Nürnberger Johann Wild im 15. und 17. Jahrhundert. Zu dieser Zeit verstärkte man in Burghausen, Regensburg und Nürnberg die Stadtmauern aus Furcht vor dem osmanischen Heer. Theologisch wurde das Erstarken islamischer Reiche oft als Strafe Gottes für die sündige Christenheit interpretiert. Man hatte also schon Bilder, die nur begrenzt mit der Realität übereinstimmten. Der reiche Kulturaustausch wurde oft übersehen.

Islam und Muslime wurden in Bayern lange Zeit in einer Mischung aus Angst und Faszination wahrgenommen.

Die ersten Muslime kamen in der frühen Neuzeit als bestaunte exotische „Beutetürken“ nach Bayern. Mit der zunehmenden Schwächung des osmanischen Reichs wurden die islamisch geprägte Welt und ihre Kulturen zum Faszinosum – der maurische Saal im Königsschloss Ludwigs II. auf dem Schachen ist ebenso ein Beispiel dafür wie die wissenschaftlichen und literarischen Arbeiten eines Friedrich Rückert in Erlangen. Die Bayerische Staatsbibliothek beherbergt einen seit dem 16. Jahrhundert aufgebauten Schatz an Manuskripten aus der islamischen Welt mit Weltgeltung – nach manchen wurde über viele Jahrhunderte an hiesigen Universitäten studiert. Aus früheren Feinden wurden im 20. Jahrhundert militärische Verbündete. Dennoch blieb die Zahl hier lebender Muslime – auch einige deutsche Konvertiten waren darunter – bis zur zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts gering. Erste Gemeinden und Organisationen entstanden in den 1920er-Jahren, später dann gespeist aus muslimischen Kriegsfreiwilligen, die hierzulande „hängengeblieben“ waren. Der Staat unterstützte manche von ihnen als Verbündete im Kalten Krieg.

Die Zuwanderung vieler muslimischer „Gastarbeiter“ wurde lange als nur vorübergehende Phase eingeschätzt.

Mit der Zuwanderung von „Gastarbeitern“ aus der Türkei und Marokko seit den 1960er-Jahren, ergänzt durch Studenten oder Asylbewerber, änderten sich die Verhältnisse grundlegend. Nun wurden vor allem in den größeren Städten und Industriezentren Menschen muslimischen Glaubens Mitschüler, Arbeitskollegen, Nachbarn – später sogar Freunde. Für viele von ihnen spielten Religionsangelegenheiten eine eher untergeordnete Rolle, anderen war sie von vornherein sehr wichtig. So entstanden seit den 1970er-Jahren vermehrt Moscheen, oft eher improvisiert und als eine Mischung aus Gebetshaus und sozialem Treffpunkt. Von dauerhaftem Verbleib gingen weder der Staat noch die meisten Betroffenen aus. Erst die zunehmende Erkenntnis, dass viele der Einwanderer und ihre Nachkommen dauerhaft verbleiben würden, führte zu einem allmählichen, sehr Streitbeladenen Umdenken in Politik und Gesellschaft. War man Einwanderungsland oder nicht? Und was bedeutet das jeweils? Solche Unsicherheit belastete die Muslime ebenso wie die Gesamtbevölkerung.

Muslime: Ein Teil Bayerns²

Nach jahrzehntelangem breitflächigen Ignorieren der entstandenen Fakten hat man die Notwendigkeit erkannt, die mittlerweile auf ca. 700.000 Personen angewachsene muslimische Bevölkerung als Teil Bayerns und Deutschlands zu betrachten und anzunehmen. Zugleich setzte in den muslimischen Communitys ein langwährender Prozess einer Lockerung der Bindungen an die Herkunftsländer und eine stärker werdende Hinwendung zur neuen Heimat ein, in der nun viele geboren und aufgewachsen sind – ein bisweilen mühsamer Prozess mit mancherlei Brüchen. Religionsfragen spielten dabei lange Zeit nur eine untergeordnete Rolle gegenüber ökonomischen und sozialen Gegebenheiten und Herausforderungen. In der öffentlichen Wahrnehmung waren Menschen muslimischen Glaubens „Ausländer“, „Türken“ oder „Jugoslawen“.

Seit den Terroranschlägen vom 11. September 2001 erfolgte ein weitreichender Perspektivenwechsel mit einer starken Überbewertung der Religion gegenüber individuellen, sozialen, wirtschaftlichen und nichtreligiös-kulturellen bzw. politischen Elementen. Übersehen wird dabei, dass alle Menschen hybride Identitäten aufweisen, die sich aus all diesen Faktoren zusammensetzen und die sich auch wandeln können. Religiöse Organisationen werden zugleich gegenüber Formen des Engagements in säkular-sozialen Kontexten überproportional wahrgenommen.

Zudem wird häufig die Vielfalt der Zugänge zur Religion unter Muslimen in all ihren konfessionellen Schattierungen übersehen. Häufiger als die mehr oder weniger schriftorientierten und ritualpraktisch ausgerichteten Zugänge sind solche der Mystik (Sufismus), der Religionsethik oder einer eher gewohnheitsmäßigen Mitbeachtung einzelner religiöser Überzeugungen. Muslime aller Konfessionen wie Sunniten, Schiiten, Aleviten und Ahmadis sind vertreten, die muslimische Binnenpluralität hierzulande ist größer als in vielen Staaten mit muslimischer Bevölkerungsmehrheit – eine Chance zur Begegnung ohne politischen Herrschaftsdiskurs. Die übergroße Mehrheit lehnt extremistische Interpretationen des Islam ab, auch wenn die zahlenmäßig geringen Anteile von Extremisten seit Längerem ansteigen.

Die muslimische Bevölkerung Bayerns wird oft nicht in ihrer menschlichen und religiösen Vielfalt wahrgenommen.

Entwicklung muslimischer Infrastruktur

Parallel zur Erkenntnis dauerhaften Verbleibs entwickelte sich eine muslimische und alevitische³ Infrastruktur mit Moschee- und Cemgemeinden, provisorische Moscheen in Billigbauten werden durch repräsentative Gebäude ersetzt wie in Lauingen, Penzberg oder Nürnberg. In anderen Städten wie in München herrscht noch großer Mangel. Mancherorts wurden solche Projekte breit unterstützt, andernorts wurden erhebliche Widerstände angefacht. Manchen sind die verfassungsrechtlichen Grundlagen der Religionsfreiheit unbekannt: Rechtsstaatliche Grundsätze, nicht tatsächliche oder vermeintliche Mehrheiten in der Bevölkerung entscheiden über Reichweite und Grenzen der Religionsfreiheit für die Menschen im Land. Insofern ist kontinuierliche Rechtsstaatsvermittlung eine Aufgabe, welche die Gesamtbevölkerung betrifft. Hilfreich ist eine Fülle von Initiativen zum sehr sachorientierten interreligiösen Dialog (z. B. Islamforum Bayern und lokale Organisationen).

Institution muslimischer Bildung

Zunehmend wird eine ebenso authentische wie pädagogisch, didaktisch und wissenschaftlich hiesigen Standards entsprechende muslimische Bildung im staatlichen Bildungssystem aufgenommen. Nach dem seit 2003 entwickelten „Erlanger Modell“ wird in mittlerweile über 350 Schulen islamischer Unterricht angeboten: islamisch-religiöse Studien zur Ausbildung von Lehrkräften, Theologen und in anderen Bereichen tätigen Muslimen folgten an der FAU Erlangen-Nürnberg seit 2012.

Die rechtsstaatliche Kooperation mit muslimischen Organisatoren steht in einer Übergangsphase.

Die rechtlich geforderte Kooperation zwischen muslimischen Akteuren und dem säkularen Staat, der konfessionell-religiöse Inhalte nicht definieren darf, birgt einige organisatorische und inhaltliche Probleme. In Bayern hat man sich entschlossen, rechtsstaatskonforme Übergangsmodelle zu entwickeln, um die erkennbaren Erfordernisse einer muslimischen Bildung nicht unnötig lange ungedeckt zu lassen. Die Probleme einer bislang heterogenen Organisationsstruktur können durch inhalts- und zielorientierte, vertrauensvolle und faire Zusammenarbeit überwunden werden. Für das organisatorisch homogenere alevitische Spektrum wird an manchen Orten ein eigener Religionsunterricht angeboten. Auch ein erstes muslimisches Bildungswerk ist in Erlangen entstanden.

Teilhabe am sozialen Leben und daraus resultierende Probleme

Nach mühsamen Debatten dürfen Muslime nun auch in Bayern traditionelle Bestattungsriten durchführen. Muslimische Organisationen unterschiedlicher Ausrichtung engagieren sich in vielen Bereichen des sozialen Lebens, Muslime finden sich in allen Feldern beruflicher und ehrenamtlicher Tätigkeiten. Insbesondere auf kommunaler Ebene werden die Potenziale einer Kooperation genutzt, um gemeinsame integrationsförderliche Maßnahmen umzusetzen, wobei die Integrationsanliegen in aller Regel Fragen der Sprache, des Zugangs zu Bildung, Arbeit, staatlichen Institutionen und zivilgesellschaftlichen Einrichtungen betreffen – typische Handlungsfelder im Zusammenhang mit Migration, nicht mit Religion. Dennoch besteht hier noch viel Potenzial für stabilere Kooperationsstrukturen und selbstverständlichere Teilhabe.

Probleme bereiten im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung überproportional anzutreffende patriarchalische Erziehungs- und Verhaltensmuster, wie sie in vielen Regionen und Religionen der Welt anzutreffen sind; teilweise werden sie mittels traditionalistischer religiöser Auffassungen zusätzlich gerechtfertigt. Allerdings nehmen auch innermuslimische Debatten zu solchen Fragen zu. Außerdem ist ein Generationenwandel mit zahlenmäßiger Annäherung an die Mainstream-Überzeugungen zu beobachten.

Zudem sei darauf hingewiesen, dass eine kulturalistische Ausgrenzung von Muslimen aufgrund bestimmter vergleichbarer Religionspraktiken auch orthodoxe Juden treffen kann, etwa im Hinblick auf das Schlachten von Tieren, die Beschneidung männlicher Kinder oder den Handschlag zwischen den Geschlechtern. Weitgehend migrationsbedingt sind „importierte“ politische Konflikte zwischen unterschiedlichen ethnischen Gruppen, z. B. Türken und Kurden oder neuerdings zwischen Arabern und Afghanen.

Bei alledem ist zu beachten, dass auch durch erneute Einwanderung weiterhin eine erhebliche Dynamik im Leben der Muslime in Bayern zu beobachten ist. Die Einwanderergeneration wurde und wird zusehends von hier geborenen und sozialisierten Menschen abgelöst, zunehmend deutsche Staatsangehörige. Damit geht ein migrationstypischer, aber nicht einheitlicher Wandel einher. Das Herkunftsland der Familie, dessen Sprache und kulturelle Spezifika nehmen tendenziell an Bedeutung ab, aus ethnischer Sortierung (die albanische, türkische, arabische Moschee etc. wird zusehends zur deutschen) werden deutsche Einrichtungen mit mehr oder weniger intensiver Rückbindung an die religiös-kulturellen Wurzeln. Das betrifft auch Organisationen mit noch starker institutioneller Anbindung an ausländische Institutionen.

Politische, kulturelle und religiöse Prägungen können Konflikte auslösen, die mit rechtsstaatlichem Maß zu bewältigen sind.

Gegenläufige Entwicklungen werden teils durch Einflussnahme aus den Herkunftsländern oder extremistische Propaganda ausgelöst, teils durch Selbstisolation als Reaktion auf erfahrene oder empfundene Ablehnung. Ein illustratives Beispiel ist die breite Debatte über die Wahlerfolge der gegenwärtigen türkischen Regierung mit ihrem zunehmend nationalistisch-islamistischen Kurs unter den hier lebenden wahlberechtigten Türken – die AKP findet hier prozentual mehr Unterstützung als in der Türkei selbst. Übersehen wird allerdings schon die Wahlbeteiligungsraten unter 50 % der Berechtigten.

Zudem gibt es vielerlei Anhaltspunkte dafür, dass die Motivation für die Wahlentscheidung häufig keine inhaltliche Solidarisierung mit rechtsstaatswidrigen Maßnahmen oder islamistischen Tendenzen in der Türkei ist, sondern der trotzige Ausdruck eines Gefühls der verbreiteten kulturellen Abwertung und von Diskriminierungserfahrungen, die zumindest in erheblichen Teilen auch belegbar sind. Die kulturelle Abwertung sozial niedriger gestellter Bevölkerungsgruppen ist fast ubiquitär – in Preußen traf es einst die katholischen polnischen Bergarbeiter.

Diskriminierung und Propaganda belasten das Zusammenleben.

Im Übrigen stilisieren viele türkische Medien und Politiker Türken im Ausland generell zu Opfern und schüren Misstrauen. Zum Beispiel wurde fakenwidrig behauptet, türkisch-muslimische Kinder würden im Rahmen von Fürsorgemaßnahmen systematisch in deutsche christliche Pflegefamilien untergebracht, um sie ihrem Glauben und ihrer Kultur zu entfremden. Tatsache ist, dass die Behörden dem Gesetz entsprechend versuchen, Kinder in ihrer religiösen Sozialisation zu halten, es gibt aber zu wenige passende Pflegefamilien. Auch hieran wird deutlich, wie wichtig es ist, die Ursachen real existierender Probleme faktenorientiert und treffsicher zu bestimmen; andernfalls müssen Lösungsversuche scheitern.

Ebenfalls wenig überraschend sind die stärker werdenden Reaktionen auf Diskriminierung unter Muslimen, die hier geboren und sozialisiert sind: Unterprivilegierte Einwanderer der ersten Generation verlangen nur selten das ihnen zustehende Maß an gleichberechtigter Teilhabe. Die kopftuchtragende Reinigungskraft wird eher akzeptiert als die kopftuchtragende Frau in akademischer Position. Nur potenzielle Aufsteiger spüren die „gläserne Decke“ in wichtigen Lebensbereichen. Sehr problematisch sind zudem verbreitete Vorbehalte gegen „den Islam“ schlechthin, die teilweise auch politisch instrumentalisiert werden. Umso wichtiger ist die klare Trennung zwischen Islam als Religion und Islamismus als extremistische Ideologie.

Extremistische Herausforderungen: Islamismus und Islamfeindlichkeit

Islamismus

Damit sind wir beim evidenten Problemkreis des Islamismus angelangt, wobei Diskriminierungserfahrungen nur eine mögliche Ursache darstellen. Mit dem mittlerweile etablierten Begriff des Islamismus wird eine neuzeitliche politisch-extremistische Ideologie mit allumfassendem politischen und sozialen Herrschaftsanspruch beschrieben. Der zu schaffende islamistische Staat muss aus solcher Sicht gänzlich vom islamischen Normensystem durchdrungen sein, über das die Islamisten selbst eine alleinige Interpretationshoheit beanspruchen – im Gegensatz zur hohen Akzeptanz von Meinungspluralität im Islam und der breiten Anerkennung, dass auch religiös begründete Normen dem Wechsel von Ort und Zeit unterliegen. In der Konsequenz wird die Gleichberechtigung der Geschlechter und Religionen abgelehnt – wiederum im Gegensatz zur deutlichen Mehrheitsmeinung unter Muslimen in Deutschland. Daneben werden das freiheitliche gesellschaftliche Leben in Deutschland und in westlichen Staaten verworfen, die nicht-muslimische Mehrheitsgesellschaft pauschal abgewertet.

Der Islamismus betrifft nur eine geringe Zahl von Muslimen, ist aber gefährlich auch schon unterhalb der Schwelle von Gewaltanwendung.

Die Durchsetzungsstrategien unterscheiden sich:

- Es gibt kleine gewaltbereite Gruppen, die oft sehr abgeschottet agieren und schwer zu fassen sind.
- Es existieren größere Gruppen, die Gewalt zwar mehr oder weniger glaubhaft ablehnen, aber eine Überlegenheits- und Abgrenzungsideologie pflegen, die ihrerseits schon problematisch ist und die Gewaltbereitschaft jedenfalls fördern kann.
- Manche Gruppen verfolgen primär eine Umgestaltung der staatlichen Institutionen.
- Andere wollen über Bildung in ihrem Sinne und sozialen Druck eine nach ihren Vorstellungen geformte Gesellschaft etablieren. Besonders wirksam wurde seit den 1970er-Jahren weltweit der extrem intolerante saudi-arabische Wahhabismus, der sowohl andere muslimische Richtungen wie Schiiten oder Mystiker als auch säkulare Richtungen und andere Religionen und Weltanschauungen verachtet und bekämpft, mit reichlichem Ressourceneinsatz. Der IS-Terrorstaat in Syrien und Irak baute auf dieser Ideologie auf, in Saudi-Arabien ausgebildete „Richter“ sind für Massenmorde verantwortlich.

In Bayern finden sich salafistisch orientierte Moscheen, in denen solche ideologischen Einflüsse erkennbar sind. Weniger Einfluss hat die iranisch-schiitische Herrschaftsideologie des gegenwärtigen dortigen Regimes. Nicht zu vernachlässigen sind auch Mischungen aus extremen Nationalismus und politisiertem Islam wie bei den „grauen Wölfen“ (Ülkücü-Bewegung).

Insgesamt ist die islamistische Szene in Bayern vergleichsweise wenig organisiert; vieles spielt sich in kleinen Gruppen oder Chatforen ab. Die Anhängerschaft scheint allerdings noch zuzunehmen, und sie ist trotz ihrer geringen Zahl unzweifelhaft ein erheblicher Bedrohungsfaktor für die Gesamtbevölkerung. Auch manche Organisationen bieten Anlass zu näherer Beobachtung. Rechtsstaatlich und wissenschaftlich unhaltbar sind jedoch nicht mit Fakten untermauerte pauschale Behauptungen, „die Moscheen“ oder „die Verbände“ schlechthin, die angeblich von Politik und Kirchen „hofiert“ werden, seien die Wurzel des Übels. Genaue Suche nach Ursachen von Gewalt und Hetze tun Not.

Islamfeindlichkeit

Islamfeindlichkeit – jenseits berechtigter Sachkritik im Einzelnen – ist so gefährlich wie Islamismus.

Nicht minder bedrohlich sind Gruppierungen und Personen, die weit über angemessene Sachkritik hinaus pauschale Hetze gegen Muslime und Desinformation über ihre Religion verbreiten. In Bayern hat der Verfassungsschutz dafür zu Recht die Kategorie der verfassungsschutzrelevanten Islamfeindlichkeit entwickelt, die sich nicht auf typisch Rechtsradikale beschränkt. Mit den teils verfassungswidrigen Forderungen der AfD hat diese Ideologie auch Einzug in die Parlamente gefunden. Islamismus und Islamfeindlichkeit sind ideologische Geschwister, denen die breite rechtsstaatlich orientierte Mehrheit gleichermaßen entgegentreten muss; oft verbinden sich zudem Islamfeindlichkeit und Antisemitismus. Das Gefahrenpotenzial aller Extremismen haben Anschläge in Ansbach und Würzburg, aber auch in München deutlich gezeigt.

Der Begriff des „politischen Islam“

In neuerer Zeit taucht der problematische Begriff des „politischen Islam“ auf. Er ist unpräziser als der des Islamismus und birgt die Gefahr einer inhaltlichen Überdehnung. Sinnvoll gefüllt wird er nur durch eine problemorientierte Herangehensweise. Der wesentliche Unterschied zur grundrechtlich geschützten privaten Lebensführung liegt im politischen oder sozialen Herrschaftsanspruch, der damit den säkularen demokratischen Rechtsstaat und seine Gesellschaft zentral angreift.

Wichtig ist eine Abgrenzung zu traditionellen Formen der privaten Lebensführung, auch wenn sie nicht dem Mainstream entsprechen und gesellschaftliche Debatten auslösen können. Grundrechte, darunter auch die Religionsfreiheit, gelten gerade auch in unruhigen Zeiten. Die Überdehnungsgefahr wird deutlich, wenn z. B. das Tragen eines Kopftuchs undifferenziert und faktenfern als generelles „Symbol des politischen Islam“ bewertet wird. Gerade die religionsoffene säkulare Verfassungslage ermöglicht persönliche Entfaltung, Kooperation, ein friedvolles Zusammenleben mit sachorientierten Debatten in gegenseitigem Respekt und vermeidet Spannungen, wie sie ein obsessiver religionsfeindlicher Laizismus fördern kann. Gut begründete und gezielte Einzelmaßnahmen gegen alle Formen des rechtsstaatsgefährdenden Extremismus können effizient wirken und breite Akzeptanz in der Gesamtbevölkerung finden – ressourcenschonende Überwachung von Gefährdern oder Korrekturen überzogener Datenschutzbestimmungen mögen als Beispiele genügen.

Der Begriff des „politischen Islam“ ist noch sehr ungenau und muss von unproblematischer religiöser Betätigung abgegrenzt werden.

Das Zusammenleben von Muslimen und Nichtmuslimen in Bayern wird zusehends „normaler“ und ist besser als gedacht. Wichtig ist der Zusammenhalt gegen Extremismus jeder Art.

Fazit

Ebenso wichtig wie Maßnahmen der Repression und der Deradikalisierung sind solche der Prävention. Auch insoweit wurde in Bayern und Deutschland in den letzten Jahren eine Fülle hilfreicher Maßnahmen ins Werk gesetzt. Neben dem Ausbau einer Gefangenenseelsorge ist wiederum das Bildungswesen zu nennen. Auch viele muslimische Organisationen und Einzelpersonen engagieren sich hier. Defizite bestehen noch insbesondere bei der adäquaten Verbreitung einer islamisch-theologisch fundierten Argumentation gegen die Interpretationen der Islamisten, nicht zuletzt im Internet.

Abschließend ist festzuhalten, dass in Bayern ein erheblicher Teil des Zusammenlebens zwischen Muslimen und anderen im Alltag in aller menschlichen Vielfalt gut gelingt. Weiterhin hinderlich sind verbreitete Vorurteile in alle Richtungen, aber auch extremistische Bedrohungen durch Islamismus und Islamfeindlichkeit. Dagegen helfen Aufklärung, klare rechtsstaatliche Maßnahmen gegen Extremisten aller Couleur und wirksame Prävention, aber auch faire Teilhabe aller Gutwilligen. Nur mit offenen Augen und Augenmaß wird man die breite Mitte der Bevölkerung aller Religionen und Weltanschauungen zusammenhalten und stärken können – mit gemeinsamer Bewahrung rechtsstaatlicher Einigkeit in menschlicher Vielfalt.

///

Weiterführende Literatur

Rohe, Mathias: Der Islam in Deutschland: Eine Bestandsaufnahme, München, 2. Aufl., 2018, mit zahlreichen weiteren Literaturnachweisen.

Rohe, Mathias / Jaraba, Mahmoud u. a.: Islam in Bayern. Policy Paper für die Bayerische Staatsregierung im Auftrag der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, Erlangen / München 2018, abrufbar unter https://badw.de/fileadmin/user_upload/Files/BADW/pressemitteilung/2018/pm-27-18/2018_07_18_BAdW_EZIRE_Islam_in_Bayern_policy_paper.pdf, Stand: 22.11.2020.

Jaraba, Mahmoud: Salafismus. Die Wurzeln des islamistischen Extremismus am Beispiel der Freitagspredigten in einer salafistischen Moschee in Bayern, Wien 2020.

Anmerkungen

- ¹ Mit „Bayern“ soll das Territorium des heutigen Freistaats Bayern erfasst werden, auch im Hinblick auf Ereignisse außerhalb seiner historischen Grenzen.
- ² Der heutige bayerische Ministerpräsident hat bei einem Empfang im Nürnberger Rathaus einmal formuliert, der Islam gehöre nun auch zu Franken.
- ³ Das Alevitentum ist eine religiöse Richtung, die sich seit dem 13./14. Jahrhundert vorwiegend in der heutigen Türkei herausgebildet hat. Sie vereint schiitisch-islamische Elemente mit spezifischen Eigenheiten. Unter Aleviten herrscht Uneinigkeit, ob man sich als Muslime einer speziellen Konfession oder als eigenständige, aus dem Islam heraus entwickelte Religion versteht. Im Herkunftsland wurden die Aleviten über lange Zeit und teils bis heute unterdrückt.